NR. 21 FREIHEITLICH★SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR KÖLN




kostendeckende Spende ab

INHALT:



ALTSTADTFEST

# OFFENER BRIEF DES SSK:

## An Körners Sozialarbeiter !

Wir kennen euch nicht und haben mit euch bisher nicht den geringsten Kontakt gehabt. Das ist zwar erstaunlich, wo wir doch auf demselben Gebiet arbeiten, aber es liegt ja nicht an uns. . Seit wir gehört haben, daß eure Vorgesetzten euch jeden Kontakt mit uns verboten haben, haben wir uns strikt zurückgehalten, um euch nicht unnötig in Schwierigkeiten zu bringen.Wir wollten eben unbedingt, daß ihr endlich mit eurem Modell anfangt. Das habt ihr - zwar recht spät - ja jetzt auch getan.

### SORTIERUNG

Nun kennen wir die Vorgeschichte eurer Einrichtung und deren Konzeption ganz genau. Sie wurde ja vom Rat im Zuge der Auseinandersetzungen mit dem SSK beschlossen und dann vom Dezernenten persönlich in Fachzeitschriften und der Kölner Presse verbreitet. Wir haben einiges dazu zu sagen; ist sie doch nach unseren Erfahrungen recht wirklichkeitsfremd und künstlich. Auch enthält dieses Modell Bedingungen, die eine Chancengleichheit nicht gerade fördern und die dazu führen, daß ihr die Jugendlichen letztlich sortieren müßt nach fachfremden Gesichtspunkten, so daß am Ende wieder mal diejenigen aus den gehobeneren Verhältnissen absahnen und die aus den untersten Klassen auf der Strecke bleiben. Aber immerhin hat nach der beschlossenen Konzeption jeder Jugendliche das Recht auf ein wenig Hilfe, und wenn es nur eine Pennstelle für 3 Tage, ein paar warme Mahlzeiten und das eine oder andere Gespräch sind. Deshalb haben wir die behördliche Einrichtung einer solchen Stelle als Fortschritt betrachtet und jede Störung ihres Aufbaus peinlichst vermieden. Doch kaum habt ihr eröffnet, müssen wir mit Wut und Enttäuschung feststellen, daß nicht einmal diese im Grunde jämmerliche Form von Hilfe gewährleistet wird; daß ihr die "Auffangstelle" für obdachlose Jugendliche so betreibt, als handele es sich um eine von vielen Wohngemeinschaften.

### ZURÜCK ZUM STRICH

Nach einer Woche schon habt ihr es fertiggebracht, Jugendliche ohne jede weitere Unterstützung auf die Straße zurückzuschicken mit der Begründung, daß ihr bereits 14 (!) aufgenommen habt und eure Kapazität damit am Ende sei. Ihr seid 24 (!) Sozialarbeiter (akademische), ihr wurdet mit einem beispiellosen Werbeaufwand ein 3/4 Jahr lang in der ganzen BRD zusammengetrommelt und mit "Supergehältern" eingekauft. Und jetzt macht ihr bei 14 Jugendlichen Schluß. Und schlimmer noch: Die "Überschüssigen" wimmelt ihr achselzuckend ab und schickt sie kaltschnäuzig zurück zum Bahnhof, zum Strich und zum Klauen.

Wir nehmen an , daß ihr die Vorgeschichte eures Unternehmens wenigstens in groben Zügen kennt. Dann kann es euch aber nicht entgangen sein,daß es sich hier nicht darum handelt, ob man mit ein paar Jugendlichen die eine oder lieber die andere Form von Pädagogik ausprobiert. Es geht vielmehr darum, einen Ansatz zur Verbesserung der gesamten Situation aller obdachlosen Jugendlichen zu realisieren; dagegen anzugehen, daß einer großen Zahl von Jugendlichen jede Hilfe verweigert wird, so daß eine ganze gesellschaftliche Gruppierung gezielt in die soziale und psychische Vernichtung getrieben wird. Euch kann es auch nicht entgangen sein, daß der SSK deshalb verfolgt und verboten wurde, weil er die Einlösung von den wesentlichsten Grundrechten (Schlafen, Essen, Schutz vor Verfolgung) für alle obdachlosen

Jugendlichen forderte und in Angriff nahm.

## ALIBI DER BEHÖRDEN

Eure Einrichtungen sind die Antwort der Stadt auf den SSK, sie sind angekündigt worden als die"Experten", die daran gehen, die bisher versäumte Hilfe zu garantieren. 24 Sozialarbeiter seid ihr heute, und 15 Jugendliche sind euch zuviel. So werdet ihr nicht einmal bei den wenigen, die ihr aus dem Elend der Straße fischt etwas erreichen können. Die Jugendlichen sehen am Ende in eurem Engagement das Seil, an dem sie sich hochangeln können, eure Haltung gibt ihnen die nötige Sicherheit oder aber neue Unsicherheit. Die aber wird daran gemessen, wie ihr dem ganzen Problem obdachloser Jugendlicher theoretisch und praktisch entgegentretet. Wenn ihr aber bis zu 3.000,- DM kassiert, um ein paar Stunden abzukloppen, so seid ihr von vorn herein für die Jugendlichen erledigt und werdet nichts bewirken können, außer der Verbesserung eurer persönlichen materiellen Situation. Das Geld steckt ihr dann ein dafür, daß ihr ein Alibi abgebt für die Behörden, die dann sagen: Na bitte sehr, geben wir nicht sehr viel Geld aus für die obdachlosen Jugendlichen?

## UNSICHERHEIT ?

Ihr seid alle junge, kritische Sozialarbeiter und wollt vielleicht sogar an den gesellschaftlichen Ursachen für das Elend hierzulande was ändern. Das muß sich jedoch irgendwie auch praktisch bemerkbar machen, sonst sind euer ganzes Fachwissen, eure ganze Theorie und euer kritisches Bewußtsein für den Arsch.Wir verlangen nicht von euch, daß ihr bei Körner kündigt. Aber wir verlangen, daß ihr nicht aus den Augen verliert, worum es hier geht.Wir wissen, daß ihr auch allein nicht das sozialpolitische Problem der obdachlosen Jugendlichen lösen könnt. Doch auf eine Lösung hinzuarbeiten ist eure verdammte Pflicht. Wir sprechen hier eure Entscheidung an, nicht die Arbeitsmöglichkeiten innerhalb einer Behörde. Eine Woche nach Eröffnung den 15. Jugendlichen einfach so auf die Strasse zu jagen, ist Ausdruck eurer Haltung. Wenn ihr nicht einmal bis an die Grenze des Spielraums innerhalb eurer Institution vorstoßt, so tragt ihr allein die Verantwortung dafür. Wenn das ein Vorgeschmack für eure zukünftige Arbeit ist und nicht der Ausdruck von "Anfängerunsicherheit", so werdet ihr mit uns hart aneinandergeraten.

## ERFÜLLUNGSGEHILFE

Wir hatten Informationen, die von Spannungen zwischen euch und der Sozialverwaltung sprachen und wir nahmen an, daß ihr mehr Rechte und Leistungen für die Jugendlichen gefordert habt. Heute keimt in uns der Verdacht, daß eure Forderungen - falls es sie gab - sich vielleicht auf eine noch bessere Ausstattung eurer eigenen finanziellen Situation und Arbeitsbedingungen bezogen haben könnte. Ihr seid in Wirklichkeit aber Teil einer Behörde, die die Verantwortung trägt für das herrschende Elend unter den Arbeiterjugendlichen. Diese Behörde hat nicht das Recht, auch nur einen einzigen auf der Straße verkommen zu lassen. Daß sie es dennoch tut, das wissen wir wohl, und auch, daß sie es auf Grund ihrer politischen Funktion tun muß: Hat sie doch die "sozial"politische Aufgabe, die Arbeiterjugendlichen unten zu halten. Wie ihr euch in dieser Behörde verhaltet, das wird euch eure Position zuweisen. Es ist schwer, zwischen den gegensätzlichen Interessen der Jugendlichen und eurer Behörde einen gangbaren Weg zu finden, das haben wir selbst erfahren. Erweist ihr euch aber als willfährige, subalterne und auf das eigene Wohl bedachte Instrumente, so werdet ihr in uns entschiedene Gegner finden. Genauso wie die Behörde hinter euch in uns seit Jahren entschiedene Gegner hat.

Die Jugendlichen und die Betreuer der Sozialpädagogischen Sondermaßnahmen Köln e.V. ●

*******



*******

# DIE DROHUNG MIT DER ARBEITSLOSIGKEIT

Wir haben uns wohl schon längst daran gewöhnt, vor Tarifverhandlungen das Wehgeschrei der Arbeitgeberverbände ertragen zu müssen. Da wird dann jedesmal die schlechte Auftragslage beschworen, da wird an die Einsicht von Arbeitnehmern und Gewerkschaften appelliert und das Schreckgespenst der Inflation noch schrecklicher ausgemalt. Diese Klagen sind so bekannt, daß sie eigentlich niemand mehr besonders ernst nimmt. Darum wurde es höchste Zeit, daß sich die Unternehmer etwas neues einfallen ließen; sie drohen jetzt mit Arbeitslosigkeit. Gewerkschaftliche Tarifforderungen waren nach Arbeitgeberansicht schon immer "unzumutbare Kostenbelastungen", die die Vollbeschäftigung gefährden und unweigerlich zur Arbeitslosigkeit führen müssen. Doch selten kam den Unternehmern in den letzten Jahren die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt so entgegen wie vor den diesjährigen Tarifbewegungen. Seit der Rezession 1966/67 mit zeitweise fast einer Million Arbeitslosen hatten sie keine bessere Ausgangssituation mehr bei Tarifverhandlungen. Täglich kommen neue Meldungen von Unternehmen, die kurzarbeiten lassen oder Teile der Belegschaft entlassen oder sogar ganze Betriebe stillegen. Und täglich erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen, die jetzt bereits auf 700.000 hochgeschnellt ist. Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet für den kommenden Winter bis zu 800.000 Arbeitslose, andere Schätzungen sprechen von einer Million oder sogar noch mehr.

## DRUCKMITTEL

Es bedarf keiner Frage, daß diese durchaus realistischen Zahlen ein enormes Druckmittel für die Unternehmer darstellen. Denn Angebot und Nachfrage regeln bekanntlich den Preis. Das Angebot besteht in hunderttausenden von stellungslosen Familienvätern, die Arbeit suchen und in ihrer Notlage auch bereit sind für weniger Lohn zu arbeiten. Die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sind wenige offene Stellen, die von den Unternehmern natürlich an die vergeben werden, die zu niedrigstem Lohn bereit sind zu arbeiten. Und denjenigen, die noch Arbeit haben und zuviel Lohnerhöhung fordern, wird unmißverständlich klar gemacht, daß man ja gehen kann. Schließlich sind genug billigere Arbeitskräfte - sprich Arbeitslose - da.
Die Gefahr zunehmender Arbeitslosigkeit haben auch die Gewerkschaftsspitzen erkannt. Zwar pochen sie immer noch auf die Tarifautonomie, doch haben sie sich längst von den Orientierungsdaten des Bundeswirtschaftsministeriums überzeugen lassen, die Lohn- und Gehaltserhöhungen unter 10 % fordern. Und nicht wenige hohe Gewerkschaftsfunktionäre sollen bereits einer Meinung mit den Arbeitgebern sein, daß den Unternehmen wieder neue Investitionen ermöglicht werden müssen. Nur so könne die Zahl der Arbeitslosen abgebaut werden, da durch neue Investitionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.
Doch der Anreiz für Unternehmer zu neuen Investitionen ergibt sich aus den voraussichtlichen Gewinnen, und die Profiterwartung wiederum ist u. a. abhängig von den Tarifabschlüssen. Niedrige Lohnerhöhungen lassen daher höhere Profite erwarten.

## KAPITULATION

Sollten sich aber solche Überlegungen nicht nur in den Führungsgremien, sondern auch in den gewerkschaftlichen Tarifkommissionen durchsetzen, käme dies einer Kapitulation vor den Arbeitgeberverbänden gleich. Es ist zwar richtig, daß die Sicherheit der Arbeitsplätze einer der Schwerpunkte gewerkschaftlicher Politik ist, doch stellt sich die Frage, ob es nicht Möglichkeiten gibt, die Arbeitsplätze zu sichern, ohne daß die Arbeiter und Angestellten wirtschaftliche Einbußen zugunsten von Profitinteressen der Unternehmer hinnehmen müssen. Denn

schon seit längerem fordern fortschrittliche Gewerkschafter eine Verkürzung der Arbeitszeit. Würden nämlich die rund 22,5 Millionen Arbeiter und Angestellten in der BRD und Westberlin nur eine halbe Stunde täglich weniger arbeiten, würden soviele offene Stellen entstehen, daß es keine Arbeitslosigkeit mehr gibt. Natürlich müßen die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich verbunden sein. Denn schließlich waren die Unternehmerprofite der letzten Jahre alles andere als schlecht. Die Ford Werke AG zum Beispiel, die seit Monaten kurzarbeiten läßt und bereits neue Kurzarbeit angekündigt hat, machte 1973 einen Nettogewinn von über 2oo Millionen DM und zahlte 35 % Dividende. Die Finanzierung von Arbeitszeitverkürzungen ist also durchaus aus Unternehmergewinnen möglich. Es liegt jetzt an uns, Druck auf die Gewerkschaftspolitik auszuüben, denn Lohn- und Gehaltserhöhungen um die 1o % bedeuten einen Stop der

## EIN BILD ZUR KRISE




Realeinkommen. 1o % Erhöhung brutto, davon gehen noch höhere Sozialversicherungsbeiträge und Steuerprogression ab, und was dann noch übrig bleibt, reicht kaum, die derzeitige Inflationsrate von 7 % zu decken. Darüber kann auch nicht die für 1975 angekündigte Steuerreform hinwegtäuschen.

Die momentane wirtschaftliche Krise darf keinesfalls zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehen. Denn nicht wir haben die zunehmende Arbeitslosigkeit zu verantworten, sondern die Unternehmer. Nicht die vom VW-Werk entlassenen 1oooo Arbeitnehmer sind Schuld an der Absatzflaute der Autoindustrie, sondern die Profitsucht der Erdölmultis, nicht die kurzarbeitenden Ford- und Opelarbeiter, sondern die Herren in den Chefetagen der Autowerke, die die Kapazitäten seit Jahren wie wahnsinnig ausbauten, obwohl Verkehrsplaner eh schon auf die Grenzen des Wachstums hinwiesen. Und nicht die arbeitslosen Bauarbeiter sind Schuld an der Misere der Bauwirtschaft, sondern die Leute, die anstatt preiswerter Sozialwohnungen, auf die breite Schichten der Bevölkerung angewiesen sind, lieber teure Luxuswohnungen bauten, die niemand mehr bezahlen kann und darum leerstehen.


## IMPRESSUM

HEINZELPRESS-VERLAG
5 Köln 1
Gereonsmühlengasse 24
Tel. 133 163

Postscheckkonto Köln
Hans - Peter Meyer
Nr. 216528 - 5o2

Presserechtlich verantwortlich:
Heinzelpress
Redaktionskollektiv
Walter Rövekamp
5 K 1, Gereonsmühlengasse 24

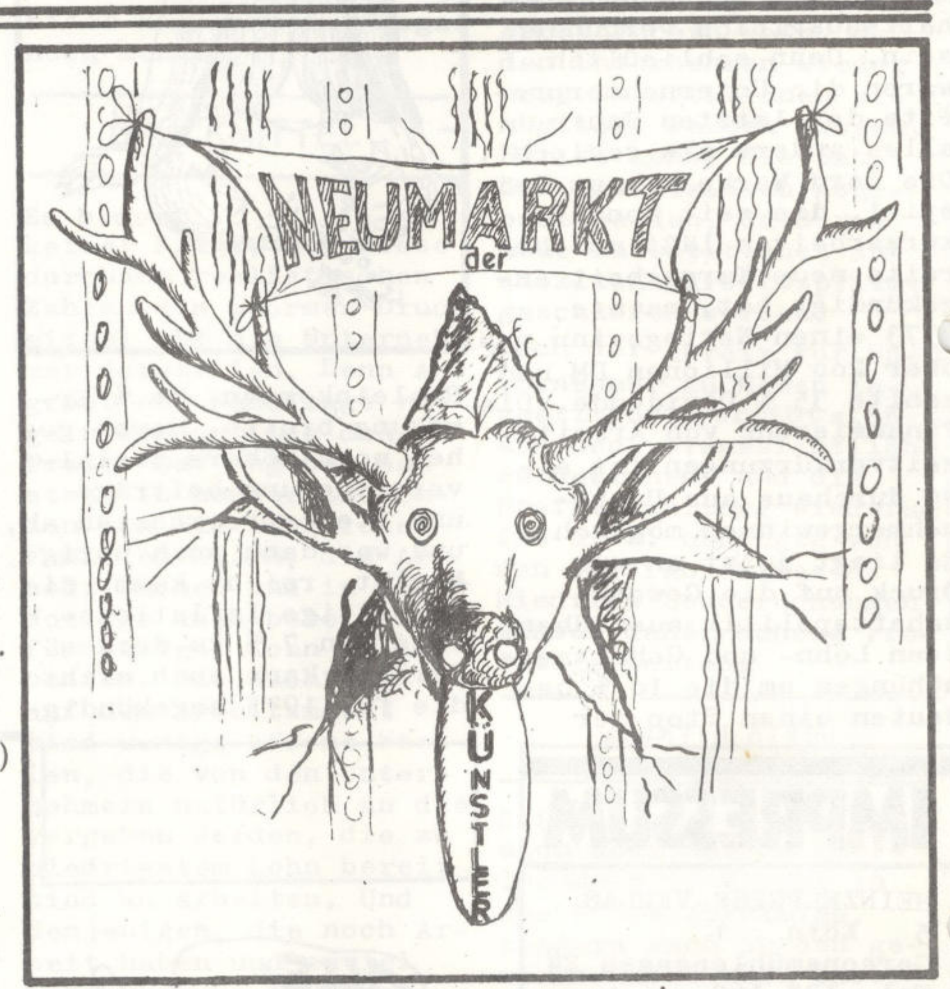
Druck: HEINZELPRESS




# NEUMARKT DER KÜNSTLER

# ZELTORDNUNG: VERBOT FÜR POLITISCHE KUNST

Dieses Jahr fand wieder der "Neumarkt der Künstler" statt. Scheinbar hatten die Veranstalter nach einjähriger Pause den Zwischenfall überwunden, den 1972 eine spontane Demonstration ausgelöst hatte. Erfreut darüber, im Rahmen der Kunst Informationen und Bewußtsein wecken zu können, hatten wir uns Anmeldungsformulare zusenden lassen. Die Zeltordnung klärte uns hinreichend darüber auf, wie der Veranstalter gedachte, eine nochmalige "Panne" im Austellungszelt zu verhindern (Ausschnitte aus der Zeltordnung s.u.) Mit kategorischer Betonung untersagt sie jegliche Form von politischen bzw. weltanschaulichen Aktionen, verbietet die Verbreitung von Büchern, Broschüren, Flugblättern und sonstigen Agitationsmittel. Kurz, es wird der Kunst jegliche politische Tätigkeit untersagt. Welche Gründe können den Anlaß zu einer solchen Reglementierung der Kunst geben?




Auszüge aus der Ausstellungsordnung:

4.1 Ausgeschlossen vom Produzentenmarkt sind Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Flugblätter, Schallplatten, Gebrauchsgegenstände, Schmuck, Postkarten u.ä., auch wenn sie den unter Abs. 4.0 festgelegten Bedingungen entsprechen. (In Zweifelsfällen entscheidet die Ausstellungsleitung)

4.2 Religiöse, politische oder weltanschaulische Aktionen sind untersagt. Falls diese im unmittelbaren Zusammenhang mit den künstlerischen Arbeiten stehen, entscheidet die Ausstellungsleitung über die zeitweise Zulassung.

## KUNST UND POLITIK

Es wird oft gesagt, Kunst habe mit Politik nichts gemeinsam. Das dies nicht der Fall ist, wird im Folgenden erläutert.

Von der Kunst als ein Kommunikationsmedium wird gefordert, alles sagen zu dürfen und nichts sagen zu müssen. Keine Regierung, keine Partei und keine Gesellschaftsschicht darf über die Kunst derart verfügen, daß mit ihr jene Wahrheit verkleistert wird , die zu sagen sich lohnt. Diese Wahrheit zu vermitteln ist die Aufgabe der Kunst. Sie gibt ihr das Recht und den Grund, sich gegen alle sozialen Mißstände zu empören. Konkret gesprochen: Die Kunst muß sich auf die Seite des Volkes stellen und seine Interessen vertreten.

## KUNST-FÜR WEN?

Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind die Aussagen der heutigen Kunstszene einschließlich des Neumarktes für die gesellschaftliche Entwicklung, für das Volk völlig unbedeutend. Sie dient den etablierten Schichten als Herrschaftsinstrument. Denn unter anderem ist Kunst eine Ware, freilich eine sehr teure, die sich nur die Besitzelite erlauben kann. Da der "Künstler" leben will, produziert er also solche Kunstwerke. die eben den Bedürfnissen und Interessen dieser Elite entsprechen.

Nun bildet sich der Mensch sein Gesellschafts bzw Weltbild nach den konkret erfaßbaren Dingen. Also dann , wenn er Tatsachen und Sachverhalte durch Begriffe, Sprache und eben auch Kunstwerke verinnerlicht hat. Dadurch, daß die Kunst die Interessen der besitzenden Klasse (wie es im übrigen auch die anderen Medien tun) wiederspiegelt, wird über sie verfügt und die das Volk interessierenden Wahrheiten werden verschleiert.

## POLITIKVERBOT

Mit dem Verbot politischer Aufklärung auf dem "Neumarkt der Künstler", die einen gewissen Ausgleich zur kritiklosen "Kunst" darstellen könnte, wurden also ganz klar die Interessen der Herrschenden vertreten, die die Kunst einer ihrer wichtigsten Funktionen berauben und auf einen von Oben erlaubten "Freiheitsraum" begrenzen wollen.

Das können sich die Kunst und das Volk nicht gefallen lassen. Die kritisch engagierte Kunst darf es aber nicht dabei bewenden lassen, Opposition zu üben. Diese elitäre Kunst zu überwinden und zu einer Volkskunst zu führen, ist unser Ziel.

Volkskunst kann es aber nur in einer Gesellschaft geben, die keine sozialen Mißstände mehr kennt; deren Mitglieder sich frei entfalten und selbstbestimmen können. Jedes von einem Menschen hergestellte Produkt in dem er sich ohne Entfremdung verwirklichen kann, wird dann ein Kunstwerk sein. In dieser freien Gesellschaft ist die Kunst das echte Spiegelbild des Menschen.

# ...in eigener Sache

Was hier steht, ist ein Lückenfüller !!!
Das heißt, die HEINZELPRESS bietet noch Platz für Artikel von Gruppen, die Informationen verbreiten oder sich und ihre Arbeit darstellen wollen. Bürgerinitiativen, Betriebsgruppen, Kinderläden und viele andere haben bisher von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Dabei müssen nicht perfekte und fertige Artikel geliefert werden.

Jeder, der etwas Wichtiges weiß, sollte sich an uns wenden; telefonisch über Nr. 133 163 oder am besten persönlich jeweils dienstags und donnerstags ab 20.00 Uhr.

Wer Lust hat, regelmäßig an der HEINZELPRESS mitzuarbeiten, soll gefälligst bei uns aufkreuzen.

Wer Lust hat, die HEINZELPRESS zu verkaufen, im Betrieb, in der Schule oder sonstwo, ist uns ebenfalls willkommen.

# ANLEITUNG ZUM SCHÜLERSTREIK

**Lehren aus den Streiks am Köln-Kolleg und am Friedrich Wilhelm Gymnasium**

- Nie als einzelner oder zu mehreren zum Streik aufrufen; der beschluß muß von allen oder doch von einer überwiegenden mehrheit gefaßt werden (51% sind zu wenig). - Keine führung bilden! "Rädelsführer" werden nachher herausgegriffen, weil man alle nicht bestrafen kann.....

- Vorher (gerüchteweise) verbreiten, worum 's geht, weil die meisten leute zu übereilten entscheidungen nachher nicht stehen. Wenn möglich eltern und lehrer vorher überzeugen; das gibt einen gewissen rückhalt. Aber vorsicht! Verlassen kann man sich auf diese beiden gruppen erfahrungsgemäß nicht (lehrer dürfen als beamte keinen streik unterstützen; eltern, die untereinander im allgemeinen kaum kontakt haben, überlassen sowas gern einigen bürokratischen pflegschaftsvertretern). Wenn es wirklich zu einer gemeinsamen aktion kommt, darauf achten, daß lehrer oder eltern auf keinen fall die führung an sich reißen.

- Streikbeschluß sofort in kraft treten lassen. Nach dem streikbeschluß keine diskussion mehr mit den lehrern im rahmen des unterrichts über streik oder nicht-streik zulassen. Nie vergessen, der anstaltsleiter ist gezwungen, alles zu tun, um einen schülerstreik zu verhindern. Man darf ihm die gelegenheit dazu nicht geben..

- Aktiver streik vor der schule kann sehr wirkungsvoll sein, aber nur, wenn man sich sicher ist, daß die "aktiv" streikenden sich nicht der reihe nach in den unterricht verkrümeln, den die lehrer zu halten verpflichtet sind. -Eltern können auf unterrichtung ihres kindes, sogar ganz allein, bestehen!- Ansonsten muß der aktive streik eben woanders stattfinden, z.b. in einem nahegelegenen park oder wiese. Vorher überlegen, was gemacht werden kann(arbeitsgruppen über lage der schüler usw.). Sehr gut sind natürlich auch spontane einfälle während der aktion.

- Nochmal: solidarität ist unsere stärke! - Alle müssen mitmachen ! Streikbrecher verprügeln bringt nichts außer ärger ,strafanzeigen und vielleicht ein paar heiße fotos für die rechtspresse. Es gibt auch bessere mittel: wirkungsvoll ist z.b. ein aktiver streik mit fäßchen, ein bißchen musik, vielleicht 'ne spontane fete im freien und was einem sonst noch so einfällt.

- Gegen eventuelle disziplinierung von streikenden hilft es, wenn die klassenbücher für ein paar tage unauffällig verschwinden...

- Öffentlichkeit informieren: zu lokalen zeitungen hingehen, berichtenfalschmeldungen sofort richtigstellen lassen, bei miesen kommentaren: leserbrief schreiben. Ebenso bei rundfunk und fernsehen. Verbindung halten. Wenn die presse die sache in ein schiefes licht zu rücken droht, sind eigene informationsschriften wichtig (flugblatt, dokumentation, schülerzeitung. Schüler anderer schulen ansprechen, passanten informieren.

- Klarstellen, wer zu verhandlungen berechtigt ist: im bereich der eigenen schule kann die gesamte schülerschaft verhandeln und sollte möglichst auch darauf bestehen. Bei verhandeln mit anderen stellen, schulbehörden, ministerien etc., sich vorher vergewissern, wer zuständig ist. Erfahrungsgemäß sind in solchen fällen alle bonzen verreist oder "nicht zuständig".

>>>

- Für demonstrationen muß gegenüber der polizei eine einzelperson über 21 jahre die verantwortung übernehmen. Ein beliebtes kampfmittel ist der rathausmarsch. Das rathaus steht grundsätzlich allen bürgern offen. Dieser grundsatz wird schnell vergessen, wenn der bürger anders als einzeln und hilflos auftritt. Gerade dann hat er aber die möglichkeit, sich sein recht zu nehmen. Ebenso dürfte es für eine größere zahl von schülern oder anderen leuten kein problem sein, eine nicht-öffentliche ratssitzung zu einer öffentlichen zu machen. Keine delegation bilden, wenn technisch die möglichkeit besteht, daß alle verhandeln.

- Von vornherein klar machen, daß ein schülerstreik eine illegale aktion ist. Da die legalität des staates gegen uns ist und uns das streikrecht verweigert, muß sich unser kampf für unsere interessen notwendig gegen diese legalität wenden. Wenn dieser punkt nicht klar ist, kann es passieren, daß der formelle ausspruch des (sowieso bestehenden) streikverbots z. b. durch den anstaltsleiter große verwirrung auslöst.

- Nicht kleinkriegen lassen! Nicht durch hohle versprechungen und unverbindliche zusagen vertrösten lassen! wenn der streik zu ende ist, möglichst alle irgendwie interessierten leute zusammenbringen und überlegen, was man auf die dauer weiter tun kann; z.b. Basisgruppen bilden, schülerzeitung machen etc.,
Übrigens sind natürlich auch streiks auf klassen- oder kursebene möglich.



Schülerstreikbewegung
Schlag auf Schlag
KÖLN KOLLEG - FWG



# VORSICHT FALLE!!

## DIE FÜNF KANZLER-MEDAILLEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND




Diese Münzen sind erstens scheißteuer, zweitens eine raffinierte Fälschung und drittens war kein Heinzel je Bundeskanzler oder wird jemals Bundeskanzler werden. Dem aufmerksamen Heinzelpressleser wird dieser Umstand längst bekannt sein.



Echt dagegen ist der neue HEINZELPRESS-Aufkleber, der in keinem deutschen Haushalt fehlen sollte. Gleich vierundzwanzig von diesen Undingern gibt es zum Preis von 5o Pfennig. Wer Interesse hat, kann uns Briefmarken schicken oder gleich selbst vorbeikommen.



# THEORIE & PRAXIS DES FREIHEITLICHEN SOZIALISMUS

# Z.B. SPANIEN 1936

Als am 19. Juli 1936 der reaktionäre spanische General Franco einen Putsch gegen die gewählte Regierung versuchte, erhob sich das spanische Volk und nahm die Macht in weiten Teilen des Landes selbst in die Hand. Die Arbeiter und Angestellten führten eine soziale Umwälzung durch und schufen einen freiheitlichen Sozialismus, der das größte und erfolgreichste soziale Experiment dieses Jahrhunderts darstellte, bis er 1939 von afrikanischen Söldnern, italienischen Panzern und deutschen Bombern zerschlagen wurde.

Wie erreichten nun die spanischen Arbeiter, daß die Betriebe sozialisiert wurden, ohne daß neue Unterdrücker in Gestalt von Parteifunktionären und Bürokraten die alten Plätze einnahmen?

## DAS KONZEPT

Nach der Niederschlagung des von Franco geführten Putsches kehrten die Arbeiter in die Fabriken zurück. In 3o-jähriger Arbeit war im anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsbund CNT ein Konzept für die Übernahme der Betriebe entwickelt worden. Jetzt wurde es in die Tat umgesetzt. Die Arbeiter wählten auf Betriebsversammlungen eigene Betriebsleitungen; diese Fabrikkomitees führten die Betriebe mit Hilfe technischer und kaufmännischer Fachleute weiter. Sie gehörten jetzt den darin Arbeitenden, die auch über sie bestimmen konnten-die Betriebe waren kollektiviert. Unternehmer, die die neue Ordnung anerkannten, wurden als gleichberechtigte Belegschaftsmitglieder aufgenommen und ihren Fähigkeiten entsprechend eingesetzt, nicht selten in der Betriebsleitung.
Die Kollektivierung der Betriebe war der erste Schritt zur Sozialisierung. Der zweite Schritt bestand in der Zusammenarbeit sämtlicher Betriebe einer Branche im Rahmen der Industrieföderation. Auf örtlicher Ebene schlossen sich alle Betriebe zur Lokalföderation zusammen. Diese Kollektivierung war nicht von oben gesteuert, sondern wurde spontan von der Basis vollzogen. Das gute Beispiel wirkte ansteckend und eine Welle von Betriebsübernahmen und freiwilligen Kollektivierungen ganzer Dörfer ging über das Land.

## OHNE DIREKTOREN

Die Löhne der niederen Lohnklassen wurden erhöht, die großen Gehälter gekürzt, Direktorengehälter gestrichen. Unternehmergewinn, Dividenden, Tantiemen usw. gab es nicht mehr. Überschüsse wurden an die Gewerkschaftskasse abgeführt, die als Ausgleichskasse arbeitete. Die soziale Umwälzung wirkte belebend auf die Wirtschaft. Die meisten Kleingewerbetreibenden schlossen sich dem gewerkschaftlichen Produktionsverband an, der ihnen ein sicheres Einkommen garantierte. Unrentable Unternehmungen wurden niedergelegt oder mit anderen zu rentablen Einheiten zusammengeschlossen. Die Wirtschaft wurde nach sozialistischen Richtlinien rationalisiert.

## OHNE STAAT

An dieser ganzen Neuordnung war der Staat nicht beteiligt. Die Arbeiter hatten ihre Gewerkschaftsorganisation, die CNT, benutzt und eine soziale Revolution herbeigeführt. Das Baugewerbe, die Textilindustrie, die Metallindustrie, die Bäckerein und Schlachterein, die Kinos, die Straßenbahnen, die Eisenbahnen, die Häfen, die Hotels, die Gaststätten- und sogar die Friseurbetriebe wurden kollektiviert. Dabei wurden enorme organisatorische Leistungen vollbracht. Die Textilarbeiter in Katalonien z.B. organisierten Arbeitsteilung, Rohstoff-

versorgung und Vertrieb für 1/4 Million Beschäftigte.

## OHNE AUTORITÄTEN

Die Arbeiter und die Bauern (deren Leistungen in einem eigenen Bericht beschrieben werden sollen) Spaniens bewiesen durch ihre Taten zweierlei. Erstens zeigten sie, daß die arbeitende Bevölkerung ohne Fabrikherren, Aktionäre und andere Parasiten besser und freier leben kann.
Zweitens machten sie deutlich, daß das Volk dieses Ziel nur ohne Parteifunktionäre und Bürokratenbosse erreichen kann.

Nur mit Bewunderung kann man lesen, wie die Männer und Frauen Spaniens damals konkret und sachlich ihre Geschicke in die Hand nahmen. Sie zitierten keine Autoritäten und warteten auf keine Führung. Sie ließen das Motto der ersten Internationale Wahrheit werden, wonach die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.
Und alle, die wir aus unserer Gesellschaft eine menschliche Gesellschaft machen wollen, sind ihnen zu Dank verpflichtet für das Beispiel, das sie uns gegeben haben, das Beispiel des freiheitlichen Sozialismus.●

Literatur zum libertären Spanien:


Gerlach-Souchy, Die soziale Revolution in Spanien

Prudhommeaux, Bewaffnung des Volkes

beide Titel erschienen im Karin-Kramer-Verlag, Berlin

Souchy, Anarcho-Syndikalisten über Bürgerkrieg u. Revolution, März-Verlag


# ALTSTADTFEST

Am Samstag, dem 5.1o. veranstaltete die Bürgerversammlung Altstadt ihr Familienfest. Zuerst waren die Kleinen an der Reihe. Sie vergnügten sich bei Sackhüpfen und Ringwerfen, Eierlaufen und Toreschießen. Trotz des regnerischen Wetters waren über 6o Kinder gekommen. Sie ließen sich ihr Fest nicht verdrießen; wenn es regnete, gab es in einem überdachten Hof in der Nachbarschaft Würstchen und Limo. Sobald der Regen aufhörte ging es dann wieder auf den Spielplatz. Für die musikalische Untermalung sorgte eine Drehorgel. Die Stimmung war fröhlich und ungezwungen, Leierkastenmusik und Kindergeschrei erfüllten die Luft und während die Älteren ihr erstes Faß Freibier anzapften, mampften die Kleinen munter die Bockwürstchen, die es auch frei gab und von denen jeder soviel essen konnte wie er wollte.

Die Kosten trugen die Bürgerversammlung Altstadt und verschiedene Spender.

Abends feierten die Erwachsenen dann im Trockenen weiter. Da wurde erzählt und gesungen, gelacht und getanzt. Da lebte die "Kölsche Gemütlichkeit" in der Altstadt wieder auf, in der Gemeinschaft der Bewohner des Martinsviertels, die nicht nur gemeinsam gegen die Gaststättenunternehmer und die Stadt vorgehen, sondern auch gemeinsam feiern. Hier zeigte sich, daß Wohnen mehr sein kann als nur irgendwo eine Wohnung haben.
Und wer gesehen hat, wie die Alten und die Jungen im Martinsviertel zusammen gefeiert haben, der weiß, daß keiner von denen aus der Altstadt vertrieben werden will in die Neue Stadt oder irgendeinen Hochhaus-Beton-Klotz, auch wenn er von den Spekulanten "Wohnpark" genannt wird.●

Wir laden ein.

Wir laden alle ein, die mehr über die Heinzelpress und die Arbeit der Heinzelmenschen wissen möchten, die an Informationen und Diskussionen interessiert sind.

Wir sind jeden Dienstag und Donnerstag ab 20.00 Uhr im neuen HEINZELHAUS, 5 Köln 1 G[illegible]smühlengasse 24 anzutreffen.




ALTSTADTFEST
WAU WAU!